

Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Rathausplatz 1  
06766 Bitterfeld-Wolfen

### **Sitzungsniederschrift**

Der Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen führte seine 48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Montag, dem 05.12.2011, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Greppin, Bahnhofstraße 5, Rathaus, Sitzungssaal, von 17:00 Uhr bis 19:08 Uhr, durch.

#### **Teilnehmerliste**

##### **stimmberechtigt:**

###### Vorsitz

Detlef Pasbrig

###### Mitglied

Kerstin Zsikin  
Dr. Dr. Egbert Gueinzus  
Bernd Kosmehl  
Brigitte Leuschner  
Wolfgang Paul  
Frank Zimmermann

i. V. für Hr. Ziehm

###### Sachkundige Einwohner

Reinhard Leuschner  
Joachim Sabiniarz  
Günter Sturm

###### Mitarbeiter der Verwaltung

Gudrun Becker  
Mario Schulze

FBL Hauptverwaltung  
FBL Immobilien

##### **abwesend:**

###### Mitglied

Peter Ziehm

###### Sachkundige Einwohner

Jürgen Keil  
Dietrich Kruse  
Dagmar Kurschus

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Montag, den 05.12.2011, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.  
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

**Bestätigte Tagesordnung:**

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 15.11.2011	
4	Protokollkontrolle	
5	Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge der Gewässerunterhaltungsverbände BE: GB Stadtentwicklung/Bauwesen	<b>Beschlussantrag 247-2011</b>
6	7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung	<b>Beschlussantrag 258-2011</b>
7	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

<p><b>zu 1</b></p>	<p><b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</b></p> <p><b>Der Ausschussvorsitzende</b> eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind der Ausschussvorsitzende und 5 Ausschussmitglieder anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit hergestellt.</p>	
<p><b>zu 2</b></p>	<p><b>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</b></p> <p>Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 3</b></p>	<p><b>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 15.11.2011</b></p> <p>Die Niederschrift vom 15.11.2011 wird nachgereicht und die Genehmigung der Niederschrift auf die nächste Sitzung vertagt.</p>	
<p><b>zu 4</b></p>	<p><b>Protokollkontrolle</b></p> <p><i>Frau Zsikin beteiligt sich an der Sitzung. Somit sind 7 Stimmberechtigte anwesend.</i></p> <p>Bezüglich der Protokollkontrolle liegen keine Informationen vor.</p>	
<p><b>zu 5</b></p>	<p><b>Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge der Gewässerunterhaltungsverbände</b> BE: GB Stadtentwicklung/Bauwesen</p> <p><b>Herr Schulze</b> erläutert zunächst den Beschlussantrag und geht näher auf die Begründung ein. Bei den „finanziellen Auswirkungen“ weist er darauf hin, dass es sich bei den ca. 85.000,- € um die zu erwartenden Einnahmen handelt. Er erläutert die neue Satzung und begründet diese damit, dem Ziel, der HH-Konsolidierung durch eine Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Bitterfeld-Wolfen, näher zu kommen. Es soll eine Refinanzierung der Unterhaltungsaufwendungen (Gewässerunterhaltung) erreicht werden. Herr Schulze bittet die Ausschussmitglieder um die Änderung der vorliegenden Satzung im § (1) durch Streichung „im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Umlagebescheides“ und im § 6 a) statt 6,92 €/ha jetzt 6,99 €/ha und statt 0,71 €/Einwohner jetzt 0,62 €/Einwohner.</p> <p>Nachdem Herr Schulze im Detail auf die Satzung eingegangen ist und Berechnungsbeispiele erklärte, interessieren sich die <b>Ausschussmitglieder</b> für das Aufwand-Nutzen-Verhältnis und welchen Standpunkt die Kommunalaufsicht dazu vertritt.</p> <p><b>Herr Schulze</b> teilt mit, dass die Kommunalaufsicht kundtat, dass ein ungünstiges Aufwand-Nutzen-Verhältnis kein Grund sei, diese Satzung einzuführen.</p> <p>Die <b>Ausschussmitglieder</b> bitten um eine derartige Verhältnisdarstellung und um die Bereitstellung der Berechnungsbeispiele. Am 13.12.2011 ist dann eine Empfehlung für die Beschlussfassung durch den Stadtrat zu beschließen.</p> <p style="text-align: right;">in die Verwaltung zurückverwiesen</p>	<p><b>Beschlussantrag 247-2011</b></p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 6</b></p>	<p><b>7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen</b> BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung</p>	<p><b>Beschlussantrag 258-2011</b></p>

**Frau Becker** erklärt, dass der Grund für diesen BA, die Änderung der Hauptsatzung auch das HH Konsolidierungskonzept ist. So sollen die Mittel für öffentliche Bekanntmachungen reduziert werden. Die Bekanntmachungen sollen deshalb nicht mehr über die MZ geschaltet werden, sondern ausschließlich über das Bitterfeld-Wolfener Amtsblatt. Die Anzahl der Schaukästen in den Ortsteilen soll reduziert werden, um den Verwaltungsaufwand zu verringern.

Als Reaktion von Kritik am mehrfachen Beschließen über Beschlussanträge durch beschließende Ausschüsse, wird in der neuen Hauptsatzung unter § 5 Folgendes vorgeschlagen:

„Der Haupt- und Finanzausschuss berät alle vom Stadtrat zu beschließenden Angelegenheiten vor, die nicht von einem anderen beschließenden Ausschuss bereits zur Beschlussfassung im Stadtrat empfohlen wurden.“

Dies wird von den Ausschussmitgliedern mitgetragen.

Weiterhin ist darüber zu befinden, ob geringfügige Wertgrenzenerhöhungen vorgenommen werden sollten.

Nach umfassender detaillierter Diskussion können die Ausschussmitglieder die vorgeschlagenen Wertgrenzenerhöhungen nicht befürworten.

Sie empfehlen zum § 5 folgende Wertgrenzen:

- „9. die Durchführung von kommunalen Bauvorhaben mit einem Wert, der **25.000,00 €** übersteigt, bis zu einem Wert von **250.000,00 €**
10. Vergaben auf dem Gebiet des Hoch-, Straßen-, Tief-, Brücken-, Garten- und Landschaftsbaus bei einer Auftragssumme, die **15.000,00 €** im Einzelfall übersteigt, bis zu einer Auftragssumme von **250.000,00 €** im Einzelfall;
11. Vergabe von Planungsleistungen für Architekten und Ingenieure usw. (insbesondere nach HOAI) von mehr als **7.500,00 €** im Einzelfall bis zu einer Auftragssumme von **100.000,00 €** im Einzelfall;
12. Vergabe von Leistungen nach der VOL bei einer Auftragssumme, die **10.000,00 €** im Einzelfall übersteigt, bis zu einer Auftragssumme von **100.000,00 €** im Einzelfall.“

Über diese Wertgrenzen lässt der Ausschussvorsitzende im Einzelnen abstimmen. Die Ausschussmitglieder befürworten einstimmig diese Beträge. Bei der Diskussion zu § 8 erklärt **Frau Becker** die Wertgrenzenerhöhungen damit, dass die Preise gestiegen sind, mehr Flexibilität für die Verwaltung erreicht werden soll und sich weniger Aufwand für die Ausschüsse ergibt. Außerdem gehe es hier um das Geschäft der laufenden Verwaltung, nicht um Investitionen. Um Kosten zu sparen ging man dazu über, Jahresaufträge auszuschreiben, so dass sich dies auch entsprechend auf die Höhe der Ausschreibungen auswirkt.

Die Wertgrenzen zu § 8 und 3. § 10 sollen wie in der **bereits geltenden** Satzung **beibehalten** werden.

Zu § 16 a) Absatz 3 äußern die **Ausschussmitglieder**, dass geprüft werden muss, wie hoch die Kosten wären, wenn ein wöchentlich erscheinendes Blatt weiterhin für Veröffentlichungen genutzt wird.

Sie interessieren sich in diesem Zusammenhang auch für die bisherigen jährlichen Kosten durch Veröffentlichungen in der MZ. Die Reduzierung der Aushänge in den Schaukästen empfehlen sie nicht. Die Ausschussmitglieder verweisen darauf, auch das Internet diesbezüglich zu nutzen und dies auch in der neuen Hauptsatzung unter § 16 mit festzuhalten.

Eine Entscheidung hierzu wird erst mit den gewünschten Informationen in

	<p>der Stadtratssitzung erfolgen.  Zu <b>§ 16 b) und c)</b> empfehlen die Ausschussmitglieder einstimmig, den <b>Inhalt der bestehenden Satzung ohne Änderungen zu übernehmen.</b>  <b>Frau Becker</b> weist darauf hin, dass die Ortsbürgermeister der Reduzierung der Anzahl der Aushänge in den Schaukästen unter der Maßgabe, dass die Information zu den Ortschaftsratssitzungen im Amtsblatt veröffentlicht werden, zugestimmt haben.  <b>Herr Kosmehl, B.</b> kritisiert, dass von der Verwaltung in letzter Zeit kaum erarbeitete Vorschläge für die Satzungen aus den Vorberatungen übernommen werden ohne die Gründe dafür zu erfahren. Er kündigt an, dies in der Stadtratssitzung anzusprechen.  Er schlägt vor, den Ausschussvorsitzenden zu bitten, an der nächsten Sitzung des HFA teilzunehmen, um dort die Vorschläge aus dem Ausschuss kundzutun und zu vertreten.  Der <b>Ausschussvorsitzende</b> lässt über die Änderung der Hauptsatzung einschließlich der Änderungsvorschläge abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">mit Änderungen empfohlen</p>	<p>Ja 7 Nein 0  Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 7</b></p>	<p><b>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</b></p> <p><b>Herr Pasbrig</b> berichtet von der Tagung der Sicherheitskommission am 08.11.2011 mit der Polizei und dem Ordnungsamt. Die Polizei gab eine Einschätzung über die Kriminalität im Landkreis, wobei der Anstieg der Brände innerhalb eines Jahres um fast 130 % besonders erheblich war. Es konnten bereits Täter ermittelt werden. Zum Unfallgeschehen konnte festgestellt werden, dass keine Unfälle durch verkehrsbautechnische Anlagen verursacht waren. Die schweren Unfälle (Tendenz steigend) waren auf Landstraßen und Umgehungsstraßen. Es wurden Hinweise an die Polizei gegeben, wo schwerpunktmäßig Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden sollen.  Herr Pasbrig kündigt an, dass Anfang des Jahres 2012 das Thema „Vermüllung“ für diesen Ausschuss auf die Tagesordnung genommen wird. Die Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt und Polizei bezüglich der Zuständigkeit hat sich verbessert.  Es wird zurzeit geprüft, ob die städtischen Notunterkünfte an freie Träger übertragen werden können.  Die <b>Ausschussmitglieder</b> stellen fest, dass der Kreisel in der Dessauer Allee in Wolfen-Nord von der Bevölkerung für sehr gut befunden wird.  Bezüglich der Probleme mit Vandalismus an Buswartehallen (Fa.Schwarz) stellt <b>Herr Pasbrig</b> fest, dass Informationen nur schleppend weitergeleitet werden und die Reaktionen darauf ebenso sind.</p>	
<p><b>zu 8</b></p>	<p><b>Schließung des öffentlichen Teils</b></p> <p>Der <b>Ausschussvorsitzende</b> schließt um 19:25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.</p>	

gez.  
Detlef Pasbrig  
Ausschussvorsitzender

gez.  
Kerstin Freudenthal  
Protokollantin